



IRC Deutschland

Forderungskatalog für die Bundestagswahl 2021

Deutschlands Rolle in der Welt im Zeitalter von COVID-19 – Diplomatie, humanitäre Hilfe & Entwicklungszusammenarbeit und Demokratie

Deutschland steht an einem Scheideweg. Die letzten vier Jahre haben unser Vertrauen in den Multilateralismus erschüttert und die Zukunft der globalen Zusammenarbeit sowie der regelbasierten internationalen Ordnung in Frage gestellt. Die COVID-19-Pandemie und ihre verheerenden wirtschaftlichen Folgen erzeugen zudem eine scheinbare Notwendigkeit,

außenpolitische Themen zu vernachlässigen, da Regierungen weltweit vor erheblichen innenpolitischen Herausforderungen stehen. Es ist jedoch ein strategischer Fehler, sich vom Rest der Welt abzuwenden und die Lehren aus der Pandemie zu ignorieren, denn die Verflechtungen unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften wurden drastisch offenbart.

Deutschland hat in den letzten Jahren verstärkt globale Verantwortung übernommen, indem es einen erheblichen humanitären Beitrag in von Krisen betroffenen Ländern geleistet und Schutzbedürftige aufgenommen hat. Jedoch erfordert die Pandemie ein noch größeres globales Engagement Deutschlands, um die derzeit bedrohten internationalen Normen zu stärken. Nur so kann die gegenseitige Verantwortung innerhalb der internationalen Gemeinschaft eingefordert und der Schutz von Menschen in Krisengebieten weltweit ins Zentrum gerückt werden. Deutschlands globales Engagement wird an Bedeutung gewinnen – insbesondere angesichts der Klimakrise.

Dieser Forderungskatalog ist ein politischer Handlungsauftrag in den Bereichen Diplomatie, internationale humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie Schutz und Demokratie in Deutschland und der Europäischen Union (EU). Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 zeigt IRC damit auf, wie Deutschland seiner Rolle beim Schutz und bei der Stärkung derjenigen gerecht werden kann, die in Konflikten oder Krisen leben. Diese Rolle beinhaltet nicht nur Überleben zu sichern, sondern auch den Wiederaufbau von Existenzen zu ermöglichen. Im Fokus des Forderungskatalogs stehen besonders Frauen und Mädchen, die in Krisenkontexten unverhältnismäßig stark benachteiligt werden.

International Rescue Committee

International Rescue Committee (IRC) ist eine internationale Hilfsorganisation, die 1933 auf Anregung von Albert Einstein gegründet wurde. Seitdem unterstützt IRC in 40 Ländern weltweit Menschen, die von Konflikten oder Naturkatastrophen betroffen sind. Seit 2016 ist IRC in Deutschland präsent. Mehr als 100 Mitarbeiter*innen engagieren sich mit Unterstützung deutscher und europäischer Geber in Projekten für krisenbetroffene Menschen. IRC führt in allen 16 Bundesländern Programme zur Integration schutzsuchender Menschen in den Bereichen Bildung, wirtschaftliche Integration sowie Schutz und Teilhabe durch.

Deutschlands Platz in der Welt in einem neuen Zeitalter der Straflosigkeit

Deutschlands Sitz im UN-Sicherheitsrat – zeitgleich mit der EU-Ratspräsidentschaft – war ein Höhepunkt des deutschen Einflusses auf globale Politik. Wichtige Fortschritte sind daraus hervorgegangen wie die Allianz für den Multilateralismus, die eine positive Vision für die Wiederherstellung der universellen Achtung des humanitären Völkerrechts in der globalen Diplomatie bietet.

Im gleichen Zeitraum dauerten die zerstörerischen Konflikte in Syrien und Jemen ohne bedeutsame Rechenschaft für das Leiden der Zivilbevölkerung an. Zu Beginn des Jahres 2021 sind weltweit mehr als 235 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen und mehr als 80 Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat vertrieben. Die Klimakrise verschärft Konflikte und Vertreibung durch die verheerenden Auswirkungen von Wirbelstürmen, Dürren und Überschwemmungen sowie dauerhafte negative Folgen für die Ernährungssicherheit.

Deshalb ist es wichtiger denn je, dass Deutschland jetzt – gerade im Rahmen der EU – seine globale Verantwortung für einen stabileren, nachhaltigeren und wohlhabenderen Planeten wahrnimmt. Auch wenn Deutschland aus dem UN-Sicherheitsrat ausscheidet, sollte die Bundesregierung ihr Engagement für die Verteidigung des humanitären Völkerrechts und der regelbasierten internationalen Ordnung fortsetzen, indem sie diese Maßnahmen ergreift:

- **Veröffentlichung eines Plans in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung mit der Verpflichtung, aktiv zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung beizutragen.** Der Plan sollte den Schutz der von Krisen betroffenen Menschen in Jemen, Syrien, Libyen und in der Sahelzone zu einem vorrangigen außenpolitischen Ziel machen. Die neue Regierung sollte diplomatisches Kapital investieren, um den humanitären Zugang und die Achtung des humanitären Völkerrechts zu stärken. Durch beispielsweise das gemeinsame Ausrichten von Gipfeltreffen sollte die Bundesregierung eine bessere zivil-militärische Zusammenarbeit, eine Reform der Anti-Terror-Gesetzgebung sowie die Bereitstellung von ausreichenden humanitären Mitteln erwirken.
- **Fortführung der Zusammenarbeit mit Frankreich und gleichgesinnten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates, um den Einfluss der Allianz für den Multilateralismus aufrechtzuerhalten.** Deutschland sollte die bevorstehende G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 nutzen, um sich auf neue Initiativen zu verständigen, die die Rechenschaftspflicht im Rahmen des humanitären


Völkerrechts fördern. Darüber hinaus sollte sich Deutschland zu einer Verdopplung der personellen Kapazitäten an den Schaltstellen humanitärer Diplomatie sowohl in Deutschland als auch in wichtigen Botschaften weltweit verpflichten – insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent.

- **Aufrechterhaltung der hochrangigen Präsenz bei der UN in New York.** Die Bundesregierung sollte dieses Ziel durch die fortgesetzte informelle Einberufung von Diskussionen zu Themen mit deutscher Expertise und Führungsrolle – wie z.B. Syrien, Rechenschaftspflicht des humanitären Völkerrechts und der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit – umsetzen. Deutschland sollte seine informelle Rolle auch nutzen, um Verbindungen zwischen den Diskussionen im UN-Menschenrechtsrat und im UN-Sicherheitsrat zu schaffen.
- **Berücksichtigung von Frauen als Mittelpunkt aller friedensfördernden Maßnahmen,** indem der neue Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden und Sicherheit“ angemessen finanziert und gezielt Unterstützung für geschlechtertransformative Aktivitäten bereitgestellt wird.
- **Formulierung einer kohärenten Antwort auf die Klimakrise,** die auf die Dringlichkeit der Ernährungsunsicherheit reagiert und gleichzeitig durch Klimaschutz zu langfristigem Frieden und Resilienz beiträgt.

Ein globales humanitäres System, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist

Menschen in Konflikt- und Krisenkontexten brauchen ein effektives und effizientes System der Unterstützung. Die größten Schwachstellen sind derzeit mangelnde kollektive Ziele, das Fehlen evidenzbasierter Programmansätze und kurzfristige, unflexible humanitäre Finanzmittel. Obwohl sich Armut geografisch in fragile und konfliktbetroffene Weltregionen verlagert, sind die globalen Bemühungen zur Armutsbekämpfung im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (Sustainable Development Goals (SDGs)) auf stabilere Kontexte ausgerichtet. Diese systemischen Probleme anzugehen ist besonders wichtig, wenn Deutschland Frauen und Mädchen besser schützen und stärken will.

Als zweitgrößter Geber der Welt hat Deutschland die Möglichkeit, die dringend notwendige Reform des humanitären Systems zu verwirklichen. COVID-19 verdeutlicht wie nie zuvor diesen Handlungsbedarf und zeigt gleichzeitig die Kraft des kollektiven Handelns der internationalen Gemeinschaft. In den nächsten vier Jahren schließt sich ein Zeitfenster. Noch kann in Reformen investiert werden, um zu vermeiden, dass zu gege-



In der afghanischen Provinz Herat bietet eine IRC-Mitarbeiterin eine Hygieneschulung für Frauen, Männern und Kindern an. Dabei lernen die Teilnehmenden, wie sie sich und ihre Angehörigen vor COVID-19 schützen können. Normalerweise finden in diesem Klassenraum Bildungsangebote von IRC statt. © SOHALIA KHALIQI / IRC

bener Zeit die Auswirkungen des Klimawandels das derzeitige System überfordern. Um die Grundlage für ein humanitäres System zu schaffen, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist, sollten politische Entscheidungsträger*innen sich zu den folgenden Maßnahmen verpflichten:

- **Umsetzung des UN-Ziels für die öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7% des Bruttonationalinkommens bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode.** Weiterhin sollte sichergestellt werden, dass mindestens die Hälfte dieses Budgets für Länder bereitgestellt wird, die von Fragilität, Konflikten und Vertreibung betroffen sind.
- **Verpflichtung zu ehrgeizigen Finanzierungszielen für die Gleichberechtigung der Geschlechter in der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit¹, um geschlechtsspezifischer Gewalt in Krisensituationen entgegenzuwirken** und somit das SDG-Ziel 5 zur Gleichstellung der Geschlechter maßgeblich zu fördern. Dazu sollte die Bundesregierung einen ressortübergreifenden Gender-Aktionsplan entwickeln und finanzieren. Darin sollte sich die Bundesregierung auch dazu verpflichten, das von UN-Women ausgerufene Ziel, 10 % der öffentlichen Entwicklungsgelder an von Frauen geführte lokale Organisationen zu vergeben, einzuhalten.

¹ Es sollte sichergestellt werden, dass 85% der Hilfgelder die Gleichstellung der Geschlechter über Gender Mainstreaming unterstützen (OECD Gender Equality Marker G1 oder G2), und davon 20% hauptsächlich die Gleichstellung der Geschlechter verfolgen (Marker G2).

- **Erklärung der Reform des humanitären Systems zur Priorität für das Auswärtige Amt**, mit dem Ziel, die Bemühungen um einen effektiven Nachfolgeprozess für den Grand Bargain² voranzutreiben. Dieser Prozess sollte ein neues Mindestziel für die Weitergabe mehrjähriger flexibler Finanzierungen an implementierende Organisationen vor Ort enthalten, einschließlich der über UN-Mittel finanzierten Organisationen.
- **Ausweitung von sozialen Sicherungsnetzen in Krisensituationen auf Geflüchtete als Ergänzung zu Bargeldhilfen.** Hier kann auf der Vorreiterrolle der Bundesregierung bei der Bereitstellung humanitärer Bargeldhilfen aufgebaut werden. COVID-19 zeigt, wie wichtig soziale Absicherung und Zugang zu Finanzdienstleistungen für wirtschaftliche Resilienz sind. Deutschland sollte gerade im Rahmen der G7-Präsidentschaft die besondere Bedeutung von Frauen in Programmen zur Sicherung von Lebensgrundlagen hervorheben.
- **Stärkung der Kohärenz zwischen bilateraler und EU-Migrations- und Entwicklungspolitik, um evidenzbasierte Ergebnisse im Einklang mit den SDGs in Konflikt- und Krisensituationen zu erzielen.** Dies beinhaltet die Unterstützung regulärer Migrationswege, Investitionen in Herkunfts-, Transit- und Zielländern und die Verpflichtung zur Einbeziehung von Geflüchteten und Binnenvertriebenen in Entwicklungsplänen.

² Im Rahmen des 2016 von Regierungen und Hilfsorganisationen unterzeichneten Grand Bargain ist Deutschland Verpflichtungen zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der humanitären Hilfe eingegangen.

Ein Deutschland – und eine EU – die internationale Schutzverantwortung wahrnehmen

Eine große nationale Anstrengung hat dazu beigetragen, dass die Menschen, die im Jahr 2015 in Deutschland Schutz gesucht haben, hier ihr Leben neu aufbauen konnten. Gleichzeitig gibt es weiterhin erhebliche Hindernisse für Integration und das Asylrecht wird verschärft. Trotzdem sollte Deutschland in der EU eine Vorreiterrolle einnehmen, um neuzugewanderten Menschen Sicherheit und Chancen zu bieten.

Im Kontext der COVID-19-Pandemie haben sich auf dramatische Weise die Ungleichheiten offenbart, die der europäischen Flucht- und Migrationspolitik zugrunde liegen – und durch die Pandemie noch verschärft werden. Neben den Auswirkungen auf die ohnehin katastrophalen Bedingungen auf den griechischen Inseln und den Push-Backs an den EU-Außengrenzen, kommt es durch COVID-19 auch zu erheblichen Verzögerungen bei Resettlement-Programmen und Familienzusammenführungen sowie erschwerter Asylantragsstellung.

Ein Großteil der derzeitigen Notlagen ist akuter Ausdruck langjähriger, ungelöster Herausforderungen. Diese reichen von einem fehlenden gemeinsamen Verständnis von Solidarität innerhalb der EU, einer Abhängigkeit von Drittländern bei der externen Migrationspolitik bis hin zu einer inkohärenten Integrationspolitik. Des Weiteren müssen EU-Maßnahmen im Bereich Asyl und Migration stärker auf die Einhaltung rechtlicher Grundsätze geprüft werden.

Aufgrund des Umgangs mit den hohen Zahlen von Geflüchteten im Jahr 2015 sollte Deutschland seine starke Position nutzen, um zwischen den EU-Mitgliedsstaaten eine Umsetzung des neuen EU-Pakts zu Migration und Asyl zu vermitteln. IRC fordert die deutschen Parteien auf, in ihrer Politik Menschen und nicht Grenzen in den Mittelpunkt zu stellen und so eine wertebasierte europäische Antwort auf Flucht zu finden. Deutsche Entscheidungsträger*innen sind zu folgenden Schritten aufgerufen:

- **Adressierung der Schutzkrise in der EU und insbesondere an den Außengrenzen, durch Umsetzung einer langfristigen und EU-grundrechtskonformen Politik.** Dies beinhaltet ein faires und nachhaltiges System zur Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten und sollte sich mit den spezifischen Schwachstellen befassen, die durch die COVID-19-Pandemie für Schutzsuchende verschärft werden.
- **Schutz von Menschenleben auf irregulären Migrationsrouten durch effektive Seenotrettung im Mittelmeer.** Darüber hinaus sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass in Drittländern wie Niger und Libyen Alternativen zur Inhaftierung von Geflüchteten und Migrant*innen und nationale Rechtsrahmen für Migration im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards geschaffen werden.
- **Stärkung des Grundrechts, in Deutschland Schutz und Asyl zu suchen.** Der Zugang zu gerechten und humanen Asylverfahren im nationalen und EU-Recht sollte gestärkt werden und die Bundesregierung sich zu weiteren Aufnahmen besonders schutzbedürftiger Personen von den EU-Außengrenzen im Rahmen des Relocation-Verfahrens verpflichten.
- **Bereitstellung angemessener Finanzierung und Aufwendung politischer Anstrengungen für die Integration und gleichberechtigte Teilhabe** von Geflüchteten und Asylsuchenden, insbesondere für geflüchtete Frauen und Kinder.
- **Umgehende Wiedereinsetzung und Ausweitung des Resettlement-Programms und von Familienzusammenführungen sowie Schaffung von krisensicheren Verfahren, um künftige Aussetzungen des Rechts auf Asyl zu verhindern.** Bis Ende 2021 sollte Deutschland die 2019 festgelegten Resettlementziele, die durch die Pandemie verzögert wurden, erfüllen und darüber hinausgehende Zusagen machen. Die neue Regierung sollte auch eine Aufstockung des EU-Resettlement-Programms auf 250.000 Plätze bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2025 unterstützen, durch die größte Zusage aller Mitgliedstaaten.



International Rescue Committee IRC Deutschland gGmbH

Wallstraße 15 A, 10179 Berlin
+49 (0)30 5520 4697
Friedrichstraße 57, 53111 Bonn
+49 (0)228 5226 1628

IRC.Deutschland@Rescue.org
Rescue-DE.org

Für weitere Informationen steht zur Verfügung:

Lena Görgen, Policy & Advocacy Referentin
Lena.Goergen@Rescue.org

Geschäftsführer: Ralph Achenbach (V.i.S.d.P.), Hans Van de Weerd
Aufsichtsrat: Kathrin Wieland (Vorsitz), Anna Sophie Herken,
Thomas Matussek

Titelfoto: Eine junge jemenitische Teilnehmerin von IRCs Girl-Shine-Programm in der Stadt Adhale. Das Programm unterstützt und stärkt heranwachsende Mädchen in humanitären Krisen und vermittelt Wissen, das dazu beiträgt, sich besser vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. © WILL SWANSON / IRC